
Das Ende der Nachlasssteuer

Rezension von: Michael J. Graetz, Ian Shapiro, *Death by a Thousand Cuts: The Fight over Taxing Inherited Wealth*, Princeton University Press, Princeton, N. J., 2005, 392 Seiten, gebunden, \$ 29,95.

Im Roten Wien der 1920er Jahre war es Hugo Breitner, Finanzchef der Wiener SPÖ, der Luxussteuern zur Finanzierung der umfangreichen sozialen Wohnbauprogramme heranzog. Die Reichen sollten für die Armen zahlen. Dafür wurde er von Konservativen als wirtschaftsmordender Steuervampir diffamiert.

Im Sommer 2001 unterzeichnete Präsident Bush in den USA ein Gesetz, nach dem die Nachlasssteuer bis 2010 auslaufen sollte. Die Abschaffung wäre eine Zäsur in der amerikanischen Steuergesetzgebung. Bis 2001 zahlten in den USA nur die reichsten 2% der Bevölkerung Nachlasssteuer. Erst ab 650.000 USD Vermögen waren Individuen steuerpflichtig. Betroffen waren also nicht Bauernhöfe und kleine Familienunternehmen. Der durchschnittliche Steuersatz lag unter 19%. Und nahezu zwei Drittel des besteuerten Vermögens betraf Geldvermögen und nicht Unternehmenswerte. Die Hälfte der insgesamt eingenommenen Steuer kam von den größten 5,4% der zur Steuer herangezogenen Nachlässe. Etwa 98% der Nachlässe wurden auf Grund der hohen Freibeträge nicht besteuert.

Eine US-Umfrage brachte aber eine erstaunliche Fehlwahrnehmung der US-Bevölkerung zutage. 77% vermeinten, dass die Nachlasssteuer von

allen US-Amerikanern zu entrichten sei.

Vermögensvererbung betrifft das Verständnis individueller Freiheit, solidarischer Verpflichtung und das Prinzip der Gleichheit. Die US-amerikanische Gesellschaft versteht sich als Leistungsgesellschaft. Die Leistungsbeiträge werden am Markterfolg gemessen und dienen der Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. Die Vererbung von Vermögen muss mit dem meritokratischen Selbstverständnis einer Leistungsgesellschaft daher in einem Spannungsverhältnis stehen. Das geerbte Vermögen ist unverdientes Vermögen,¹ da es nicht durch eigene Leistung erwirtschaftet wurde.

Die Gesellschaft, welche für die Rahmenbedingungen (Gesetze, Regeln, Konventionen, Vertragssicherheit) der Vermögensakkumulation sorgt, bedingt sich aus, Vermögen bei der Weitergabe zu besteuern. Eine Leistungsbeeinträchtigung kann schwerlich angenommen werden. Besteuert werden nur die Vermögen der Reichsten, wenn diese nicht für wohltätige Zwecke gespendet werden. Damit werden aristokratische Privilegien gemildert, die den Erben von Beginn ihres Lebens an Privilegien zugestehen und daher das Prinzip der Chancengleichheit beeinträchtigen. Das fortschrittliche Prinzip hinter der fast hundertjährigen Idee einer Nachlasssteuer in den USA liegt auf der Hand. Sie soll dynastische Vermögens- und Machtballung verhindern. Eine fehlende Besteuerung von vererbtem Vermögen verletzt den Grundgedanken der amerikanischen Gesellschaft, dass jeder die gleiche Chance verdiene, den *American Dream* zu leben.

Wird die Vererbung hingegen als Naturrecht interpretiert, hat der Staat keine Steuerzuständigkeit. Für John Locke war die Vermögensvererbung ein

Bestandteil des Eigentumsrechts. Eine Einschränkung des Verfügungsrechts über das selbst erwirtschaftete Eigentum würde demnach die Freiheit des Erblassers in unzulässiger Weise einschränken.

Michael Graetz und Ian Shapiro von der Universität Yale rekonstruieren in ihrem Buch die faszinierende Geschichte des politischen Kampfs um die Abschaffung der Nachlasssteuer in den 1990er Jahren in den USA. In ihrer Arbeit versuchen sie ein augenscheinliches Rätsel zu lösen: Wie konnte es gelingen, aus einer steuerlichen Belastung, die nur die superreichen Amerikaner betraf, ein politisches Anliegen breiter Bevölkerungsschichten zu machen? Wieso setzten sich auch arme Menschen für die Abschaffung einer Steuer auf das Vermögen der Reichsten ein?

Das Buch von Graetz und Shapiro kann als anschauliches Lehrbuch zur Genese US-amerikanischer Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre gelesen werden. Es basiert auf ausführlichen Interviews mit Abgeordneten des US-Kongresses, mit Vertretern von *think tanks* und Interessenvertretungen. Eindrücklich wird gezeigt, wie Wirtschaftspolitik von den Interessen der Reichen, der Macht der Lobbyorganisationen und von konservativen Institutionen abhängt. Die Autoren belegen aber auch, welche Deutungsmacht verführerisch einfache Geschichten in der Politik haben können. „In politics when you are explaining you're losing“, schreiben Graetz und Shapiro. Das Beispiel ist eben der Feind der Argumentation, und bisher hatten die Befürworter der Steuerabschaffung die anschaulicheren Beispiele.

Graetz und Shapiro stellen keine Verschwörungstheorie auf, sondern zeigen, dass es neben einer interessen-

geleiteten, bewussten Irreführung der Bevölkerung durch republikanische Politiker, konservative *think tanks* und Reiche noch weitere Gründe gab, die dazu führten, dass die amerikanische Bevölkerung ihre eigenen Interessen mit jenen der Vermögenden verwechselte. So verkannten die Amerikaner, wie auch Larry Bartels (Direktor des Center for the Study of Democratic Politics in Princeton) erst jüngst im Journal der American Political Science Association belegte,² den Zusammenhang zwischen Steuerpolitik und ihren Auswirkungen auf soziale Ungleichheit.

Hilfreich hierbei war auch, dass die Nachlasssteuer umgangssprachlich als „*death tax*“ bezeichnet wurde. Der Tod wird gefürchtet, daher auch Steuern in seinem Namen. Befürworter der Nachlasssteuer aus der demokratischen Partei scheiterten mit dem Argument, dass die steuerliche Belastung nur die Reichsten betreffe. Gerade diese Argumentation erlaubte den Steuergegnern eine Prinzipienfrage daraus zu machen. Aber überraschend spielten philosophische Gerechtigkeitsargumente eine besondere Rolle. Und hier gelang den Befürwortern der Abschaffung ein sophistisches Kunststück: Die Nachlasssteuer konnte als unfair und ungerecht gebrandmarkt werden. Hätte man vielleicht erwarten können, dass Gerechtigkeitsargumente in Richtung einer höheren Besteuerung von exzessivem Vermögen zielen, so war das Gegenteil der Fall.

In den 1990er Jahren formierte sich eine bunte Koalition zur Abschaffung der Nachlasssteuer. Dies wurde nicht durch gleiche ökonomische Interessen zusammengehalten, sondern durch eine gemeinsame Ablehnung von Eingriffen des Staates. Die Befürworter der Steuerabschaffung konnten eine Reihe von unerwarteten Allianzen mit

Minderheitenvertretern (Schwarzen, Schwulen und Lesben) eingehen. Diskriminierte Minderheiten nahmen sich des Steuerthemas an und sahen die Nachlasssteuer als weitere Benachteiligung in ihren Aufstiegsbestrebungen. Hier spielt die Vorstellung von vertikaler Mobilität eine Rolle. Da über ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung glaubt, dass sie zu dem reichsten 1% der Bevölkerung zählt oder bald zählen wird, glauben sie fälschlich auch, dass die Nachlasssteuer sie betreffen würde oder betreffen könne.

Doch auch die Gegner der Steuerabschaffung waren eine heterogene Gruppe, die weit über die Anhänger der Demokratischen Partei reichte. Zu ihnen zählte eine Anzahl von Reichen wie etwa William Gates (der Vater von Bill Gates), Steven Rockefeller, George Soros und Warren Buffet. In der Tradition des *Self-Made-Millionärs* Andrew Carnegie stehend, der Ende des 19. Jahrhunderts ein Vermögen in der Eisenbahn- und Stahlindustrie machte, betonte eine Reihe von in der Öffentlichkeit bekannten Reichen, dass Vermögensbesitz sozial verpflichte. Individuell erworbenes Vermögen soll für die Entwicklung der Gemeinschaft eingesetzt werden, und philanthropisches Engagement zeigt die moralische Dimension der Frage der Vermögensvererbung.

Von den Befürwortern der Steuerabschaffung wurde oft der Vorwurf formuliert, dass es sich bei der Nachlasssteuer um eine Doppelbesteuerung handle, als wäre dies nicht auch in anderen Steuerbelangen die Regel. Die Befürworter einer Abschaffung der Nachlasssteuer gaben sich auch nicht mit einer allfälligen Erhöhung der Freibeträge zufrieden. Für die Superrei-

chen war eine maximalistische Strategie, die auf vollständige Abschaffung zielte, politisch viel versprechender. Erst eine vollständige Eliminierung der Nachlasssteuer würde ihre Interessen tatsächlich widerspiegeln.

Graetz und Shapiro zeigen sich skeptisch hinsichtlich der politischen Methode der „Triangulation“, die von US-Präsident Bill Clinton in politischen Fragen oft eingesetzt wurde. In der Frage der Nachlassbesteuerung hielt die Partei der US-Republikaner einen klaren Kurs und erwog nie Kompromisse, die ihre strategischen Ziele beeinträchtigen hätten können. Die Demokraten hingegen schlugen bereits kurz nach der nur knapp verlorenen Wahl 2000 eine Anhebung der Freibeträge der Nachlasssteuer auf 5 Mio. USD vor. Mit dieser Taktik bewegten sie sich von Anfang an auf republikanischem Terrain und konnten nie die Themenführerschaft erlangen.

Dies sind nur einige der interessanten Ergebnisse der detailgenauen Untersuchung von Graetz und Shapiro. Die Schlussfolgerung lautet wohl, dem Staat werden bewusst Einnahmequellen entzogen, um auch in Zukunft sicherzustellen, dass keine Sozialprogramme mehr initiiert werden können. Der Druck soll steigen, den Staatsapparat klein zu sparen. Die konservative Agenda ist klar: *„death of progressive taxation by a thousand cuts“*.

Martin Schuerz

Anmerkungen

¹ Beckert, J., Unverdientes Vermögen. Soziologie des Erbrechts (Frankfurt am Main u. a. 2004).

² Bartels, L. M., Homer gets a tax cut: inequality and public policy in the American mind, in: Perspectives of Politics 3/1 (2005) 15-31.